Für Frieden und Freiheit

Das Wahlprogramm der CDU/CSU

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle · Abt. Öffentlichkeitsarbeit · Konrad-Adenauer-Haus · 5300 Bonn
Druck: Druckhaus Rudolf Müller GmbH + Co KG, Köln · 100/060 · **Nr. 3122**

Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt

Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1980

Verabschiedet auf dem 28. Bundesparteitag der CDU
Berlin, 18.—20. Mai 1980

Verabschiedet vom Parteiausschuß der CSU
Ingolstadt, 17. Mai 1980

I. Präambel

Wir wollen alle politischen Kräfte einsetzen, damit die 80er Jahre nach dem 2. und 5. Jahrzehnt nicht das 3. krisenhafte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts werden.

Unsere militärische Sicherheit und unsere wirtschaftliche Sicherheit sind gleichermaßen bedroht. Ohne beide kann unser freiheitliches Ordnungssystem nicht auf die Dauer aufrechterhalten werden.

Die nächsten Jahrzehnte stehen im Zeichen der Verteilungskämpfe um Energie und Rohstoffe. Die Sowjetunion fordert infolge der von ihr im letzten Jahrzehnt erzielten machtpolitischen Gewinne eine Verschiebung der Machtbereiche in der ganzen Welt zu ihren Gunsten.

Der Friede ist nicht sicherer geworden. Es gibt auch auf die Dauer keinen sicheren Frieden in Europa, wenn Europas Flanken, die Zufahrtswege, seine Versorgung mit Mineralöl und Rohstoffen bedroht sind.

Die sozialistische Entspannungspolitik von Schmidt, Brandt, Wehner und Bahr muß durch eine realistische Friedenspolitk ersetzt werden. Denn sowjetische Entspannungspolitik ist Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln, aber mit den gleichen Zielen: Ausbau der sowjetischen Vorherrschaft, Auflösung des Atlantischen Bündnisses, Isolierung der Bundesrepublik Deutschland.

In den zehn Jahren sozialistischer Entspannungspolitik ist das militärische Angriffspotential der Sowjetunion durch laufende Verstärkung der Offensivkomponenten ihrer Land-, Luft- und Seestreitkräfte schneller gewachsen denn je und auf Überlegenheit in allen militärischen Bereichen und in allen geographischen Regionen ausgerichtet.

Seit Beginn dieser falsch angelegten und trügerischen Entspannungspolitik betreibt die Sowjetunion mit verstärktem Nachdruck weltweite Machtpolitik, die großrussischen Imperialismus mit weltrevolutionärer Zielsetzung verbindet — ein schreiender Gegensatz zum Anspruch einer Politik der Sicherheit, Zusammenarbeit und Entspannung.

In diesem Sinne war der sowjetische Einmarsch in Afghanistan nicht ein Betriebsunfall oder ein Fehler, wie ihn westliche Wunschdenker immer wieder zu bezeichnen pflegen, sondern ein logischer, konsequenter, in der Architektur der gesamten sowjetischen Machtpolitik notwendiger, deshalb auch wohlüberlegter und rücksichtslos durchgeführter Schritt. Die Krisenherde in Ostasien, in Mittelost und Afrika sind zu einem großen Spannungsfeld zusammengewachsen. Dazu kommt als weiterer Krisenherd Lateinamerika.

Der Friede ist durch sozialistische Entspannungspolitik unsicherer geworden als je seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die dem sowjetischen Machtsystem sich öffnende Außenpolitik der Regierungen Brandt/Schmidt hat ihren Teil dazu beigetragen: Aus deutscher Ostpolitik darf aber nicht sowjetische Westpolitik werden. Der drohende Schatten der Sowjetunion über Europa wird länger und dunkler. Die Politik der Regierungen Brandt/Schmidt ist zwar nicht

darauf angelegt, trägt aber dazu bei, daß Europa in die schreckliche Alternative Kapitulation oder Krieg schrittweise abgleitet.

Es ist entlarvend und unerträglich, daß derselbe Kanzler, der wie sein Vorgänger seit Jahren davon redet, daß durch die Politik der SPD der Friede Tag für Tag sicherer geworden sei, nunmehr zur Verschleierung des völligen Zusammenbruchs dieser Politik das Jahr 1980 mit dem Jahr 1914 vergleicht, um aus der von ihm geschürten Krisenhysterie und Kriegsangst parteipolitischen Gewinn zu ziehen.

Wir lehnen eine Politik ab, die den Bürger einschüchtert und ihm Angst macht.

Wir brauchen eine besonnene und über Europas Grenzen hinausblickende Politik der wirtschaftlichen und militärischen Sicherheit, eine Friedenspolitik der Unerschrockenheit und des langen Atems, eine zur friedlichen Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit den kommunistisch regierten Ländern bereite, aber auf Nüchternheit und Wachsamkeit abgestellte gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik der Europäer und der Amerikaner. Die Union führt damit ihre bewährte Außenpolitik fort, die unserem Land Sicherheit und Freiheit gebracht und bis heute erhalten hat.

Wir bekennen uns zu beiderseitiger Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle und kontrollierter Abrüstung, wissen aber, daß damit allein ein Krieg nicht zu verhindern ist. Wir sind uns darüber im klaren, daß für die kommunistischen Machthaber Entspannung und Abrüstung Mittel ihrer Machtstrategie sind und nicht Verzicht auf Weltherrschaft und Weltrevolution bedeuten.

In den letzten zehn Jahren haben die Regierungen Brandt/Schmidt das Problembewußtsein über die moralischen, materiellen und politischen Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung in weiten Teilen unserer Bevölkerung zerstört oder verdrängt

durch falsche Analysen,
durch unerfüllte und unerfüllbare Versprechungen,
durch irreführende Verheißungen,
durch Täuschung der Öffentlichkeit über die wirklichen Zusammenhänge,
durch gefällige Redensarten,
durch eine auf eigene Machterhaltung statt auf Notwendigkeiten des deutschen Volkes abgestellte Politik.

Dies trat um so stärker in Erscheinung, je mehr die Politik von SPD und FDP in Widerspruch zur geschichtlichen Wahrheit, zur wirtschaftlichen Vernunft, zur finanziellen Solidität und zur sozialen Ehrlichkeit geriet.

In diesen zehn Jahren ist durch klassenkämpferische Propaganda, durch eine wirtschaftsfeindliche Steuerpolitik und durch eine lawinenartig anwachsende Flut von Vorschriften der Wille zur Selbständigkeit schwer angeschlagen, der Mut zur Investition stark beeinträchtigt, die Abwanderung von Kapital und Arbeitsplätzen ins Ausland — nicht aus unternehmerischen Gründen, sondern aus Angst und Zukunftssorge — regelrecht heraufbeschworen worden.

Nur eine Politik der Umkehr zu geschichtlicher Verantwortung für Deutschland, zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität, zu vernunftgemäßer Wirtschafts-, zu solider Finanz-, zu maßgerechter Sozialpolitik, zu wertbewußter und zu-

kunftsaufgeschlossener Erziehungs- und Bildungspolitik, zu einer natürlichen Ordnung der Werte im gesellschaftlichen Zusammenleben, dessen Grundlage die Familie ist und bleiben muß, kann die Folgen der Verzerrungen, Versäumnisse und Fehlentwicklungen der 70er Jahre wiedergutmachen.

Zu diesen Fehlentwicklungen gehören auch der hohe Anteil der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt (von 1969 bis 1979 von 38 Prozent auf 47 Prozent gestiegen) und die gefährlich tickende Zeitzünderbombe einer für Friedenszeiten widersinnig schnell gestiegenen Staatsverschuldung. 14 Milliarden DM betrug die Nettokreditaufnahme in den zwanzig Jahren, in denen die CDU/CSU in der Bundesregierung für das Geld der Steuerzahler die Verantwortung trug. Die Regierung Schmidt nimmt heute jährlich (!) das eineinhalb- bis zweifache dessen an Schulden auf! Insgesamt hat die Schuldenlast des Bundes die 200-Milliarden-Grenze weit überschritten. Das ist Raubbau an der kommenden Generation, die ihre eigene Last zu tragen haben wird, aber nicht durch eine nur auf die Gegenwart des jeweils nächsten Wahlkampfes abgestellte Politik von vornherein ausgebeutet werden darf.

Zu den verhängnisvollen Fehlentwicklungen des letzten Jahrzehnts gehört auch die moralische und materielle Vernachlässigung der Familie, die gemäß dem Auftrag des Grundgesetzes wieder an die ihr gebührende Stelle im Gesamtzusammenhang aller politischen Maßnahmen gerückt werden muß.

Zu diesen Fehlentwicklungen gehört auch der mangelnde Fortschritt bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau, die sich nicht nur auf die soziale Besserstellung der kinderlosen berufstätigen Frau beschränken darf.

Zu diesen Fehlentwicklungen gehört der immer größere Vertrauensschwund gegenüber der Zukunft und die wachsende Angst vor der Zukunft. Deshalb ist Wiederherstellung der Zuversicht ein unabweisbares Gebot. Nur eine geschichtlich begründete, an Vernunft, Erfahrung und Wirklichkeit ausgerichtete Politik vermag das zu bewirken.

Die Zukunft gehört nicht dem Sozialismus, sondern der Freiheit.

Die Zukunft gehört nicht der Sowjetunion und ihrem kommunistischen Machtsystem, sondern dem Bund freier Völker.

Die Zukunft gehört nicht dem Kollektiv des Zwangs, sondern dem Menschen als Ebenbild Gottes in der Freiheit mit Ordnung.

Wir sind den Bürgern gegenüber ehrlich und sagen:

— daß nicht alles Wünschenswerte möglich ist

— daß nicht alles anscheinend Mögliche in der Gegenwart bis zur letzten Grenze ausgeschöpft werden darf

— daß es auf Erden keine Vollkommenheit gibt, weder der Gleichheit noch der Gerechtigkeit, noch des Glücks; schon jetzt wird aus gutem Grund der Zweifel immer lauter, ob alles das, was zum Teil mit Vorgriff auf die Zukunft und unter immer stärkeren Belastungen kommender Generationen erreicht worden ist, überhaupt von Bestand sein kann

— daß nicht in einer Generation verwirklicht werden kann, wofür man früher ein Jahrhundert brauchte, daß nicht in wenigen Jahren erreicht werden kann, wofür man früher Jahrzehnte oder eine Generation brauchte

— daß es Frevel am Bürger ist, immer neue kostspielige Programme auf allen Gebieten zu versprechen, die nur zum Teil eingehalten werden können oder sollen und als unvollendete Aufgaben dann zwischen Bund und Ländern zum allgemeinen Ärgernis hin und her geschoben werden

— daß ein unauflöslicher Zusammenhang zwischen funktionierender Wirtschaft mit hohem Beschäftigungsstand einerseits und den gehobenen Lebensverhältnissen und Lebenserwartungen des einzelnen und der sozialen Sicherheit aller andererseits besteht

— daß es also kein aus diesem Zusammenhang lösbares Netz der sozialen Sicherung gibt

— daß der soziale Frieden die Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt ist

— daß die Parolen der Sozialisten oft das Gegenteil von dem ausdrücken, was angestrebt oder tatsächlich erreicht wird, weil die Sprache als Mittel der Verschleierung ihrer wahren Ziele dient

— daß die große Gefahr gesellschaftlicher Umbrüche nicht nur aus plötzlichen Veränderungen, revolutionären Gewaltakten, einmaligen Entscheidungen einer mehrheitlichen Gesetzgebung droht, sondern auch aus der Vielzahl kleiner Schritte, deren erster als harmlos bis vernünftig erscheint, deren zweiter als die natürliche Folgerung aus dem ersten, deren weitere als die unvermeidliche bis notwendige Fortsetzung im Sinne des zu erreichenden Ziels ausgewiesen werden.

Hierzu gilt es umzudenken und neu zu beginnen,
Gutes und Bewährtes zu erhalten,
Übertreibungen abzubauen,
Falsches abzuschaffen,
Mangelhaftes zu verbessern.

Nicht zwangsverordnete Chancengleichheit, sondern menschenwürdige Chancengerechtigkeit ist unser Ziel.

Nur eine funktionierende Politik der Sozialen Marktwirtschaft ermöglicht Vollbeschäftigung, liefert die finanziellen Mittel für die öffentliche Hand, um das Netz der sozialen Sicherung zu erhalten und um die gesellschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, und gewährleistet die Freiheit:

die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes,
die Freiheit des Verbrauchs,
die Freiheit des Rechts auf Privateigentum und des Eigentums an Produktionsmitteln,
die Freiheit unternehmerischer Entscheidung.

Die Union hat immer darauf bestanden, daß politische Programme gesamtwirtschaftlich finanzierbar sein müssen. Die Forderung gilt auch für das vorliegende Programm.

An erster und nachdrücklich betonter Stelle unseres Programms steht die Erhaltung der Freiheit und des Friedens, die Sicherung unserer nationalen Existenz nach innen und nach außen. Ohne Sicherung unserer Versorgung mit Energie und Rohstoffen kann die auf einer modernen Industriekultur aufgebaute demokratische Massengesellschaft ihre Stabilität nicht bewahren.

Bei der Sicherung unserer nationalen Existenz nach innen steht die Familie an erster Stelle. Die Familie ist eine unverzichtbare Institution jeder freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Die Sicherung der bruttolohnbezogenen dynamischen Altersrente sowie die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht stehen in unserer Wertvorstellung und sozialen Verantwortung gleichrangig neben der Förderung der Familie durch Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld, Kindergeld und Anrechnung von Erziehungsjahren auf die Rente.

Unser Ziel ist der schrittweise Abbau des Verschuldenszuwachses der öffentlichen Hände und damit die stufenweise Rückführung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt auf ein volkswirtschaftlich vertretbares Maß durch geringeren Anstieg der öffentlichen Ausgaben als des Bruttosozialprodukts. Dies ist unabdingbare Voraussetzung für die Wiedergewinnung unseres finanzpolitischen Handlungsspielraumes und zugleich unabdingbare Vorbedingung zum Abbau eines gefährlich gewachsenen Inflationspotentials in Form überhöhter öffentlicher Ausgaben und Kreditaufnahmen, deren wucherndes Gedeihen eines Tages zu einem neuen Geldwertschnitt, d. h. zu einer neuen Währungsreform führen muß. Wir wollen eine Besteuerung der Bürger nach Leistung und Belastung, eine schrittweise Tarifreform zur Vermeidung der heimlichen Steuererhöhung gehört dazu.

Zur Sicherstellung dieser Prioritäten sind eine Prüfung bestehender Ausgaben auf ihre weitere Notwendigkeit und die Bereitschaft zu Opfern unerläßlich. Wir sind uns darüber im klaren, daß unser Programm nur im Rahmen der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung und der Lage der Staatsfinanzen verwirklicht werden kann. Wir werden es Schritt für Schritt in einem abgestimmten Regierungsprogramm in Angriff nehmen. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Wir verschieben nichts, was wir leisten können.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg im Schatten eines Trümmerhaufens ohnegleichen in der Weltgeschichte, im Zusammenwirken einer vernünftigen, von christlicher Verantwortung getragenen Politik und der harten Arbeit eines trotz Krieg und Nachkriegselend in seinem Lebensmut ungebrochenen Volkes bahnbrechende, für unmöglich gehaltene, die Not wendende Leistungen in der Innen- und Außenpolitik gegen die SPD erzwungen. Aus dem größten Ruinenfeld aller Zeiten wurde in 20 Jahren die stärkste Wirtschaftsmacht Europas. Millionen von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, von Moskau als sozialer Sprengstoff gedacht, aber durch unsere Politik in der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich eingegliedert, haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Wir haben große Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Einigung erzielt, aber noch nicht den Durchbruch zu einem europäischen Bundesstaat.

Wir haben den Glauben an die Einheit unseres Landes, die Hoffnung auf die Wiedergewinnung seiner Einheit, die Erkenntnis, daß Gerechtigkeit die Grundlage des Friedens ist, den Anspruch auf das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und auf ein Leben in Freiheit und Würde für alle Deutschen und Europäer nie tagespolitischen Augenblickserfolgen, gefälligen Nebensächlichkeiten, lautstark angepriesenen Scheinwirklichkeiten geopfert — und wir werden es nie tun.

Unser Land hat unter der Führung der Union bahnbrechende Leistungen in der Innen- und Außenpolitik vollbracht. Der Union aus CDU und CSU gelang es, das Gegeneinander zu überwinden, das über Jahrhunderte der deutschen Geschichte die Konfessionen, die Religionen und die sozialen Gruppen gespalten hatte. Die Union hat gezeigt, daß es möglich ist, unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele zu verbinden und dadurch die Kraft für große Leistungen zu gewinnen.

Wir versprechen nicht allen alles. Wir messen unsere politischen Überlegungen und Ziele nicht an dogmatischen Theorien, sondern an den Wirkungen für den Menschen.

Wir versprechen nicht das Paradies auf Erden. Wir verzichten auf die alles erklärende Formel, auf den Glauben an die Machbarkeit aller Dinge und wissen, daß nicht alles Menschenmögliche das den Menschen Gemäße ist.

Dieses Verständnis vom Menschen ist der Schlüssel für unser auf klarer Wertordnung beruhendes eindeutiges Programm. Freiheit ist für uns nicht das Ergebnis gesellschaftlicher Leistung, sondern Selbstverantwortung und Mitverantwortung in der Gemeinschaft.

Solidarität ist für uns nicht der Kampfaufruf, mit Gleichgesinnten die eigenen Interessen durchzusetzen, sondern die Aufforderung, füreinander einzustehen.

Solidarität verpflichtet den einzelnen auch zur verantwortlichen Selbsthilfe.

Gerechtigkeit bedeutet für uns nicht die Gleichbehandlung der Menschen ungeachtet ihrer verschiedenen Anlagen und unterschiedlichen Bedürfnisse, sondern die Chance für alle Menschen, sich ihrer Unterschiedlichkeit entsprechend zu entfalten.

Wir hängen nicht an allem, was einmal war, aber wir stehen für eine Politik aus einem Geiste, der immer gilt. Deshalb stellen wir uns der weltpolitischen und nationalen Herausforderung, vor der wir in diesem Jahrzehnt stehen.

II. Wir meistern die Zukunft

1 Wir leisten unseren Beitrag für Frieden und Freiheit in der Welt

Wir bauen unsere Deutschland- und Außenpolitik auf der historischen Grundentscheidung Konrad Adenauers für den Anschluß an den Westen, für die politische Einigung Europas, für das Bündnis mit Amerika auf. Sie gilt auch in den 80er Jahren. Wir sind entschlossen, unsere Freiheit gemeinsam mit den USA und den anderen Partnern im westlichen Bündnis zu verteidigen. Unser Ziel ist ein vereintes Europa freier Menschen. Wir halten an der Einheit Deutschlands fest und arbeiten verantwortungsbewußt mit am Aufbau einer stabilen und menschenwürdigen internationalen Ordnung. Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker ist Grundlage unserer Deutschland- und Außenpolitik.

Längst ehe der Begriff der Friedenspolitik zum sozialistischen Propagandaschlagwort gegen die Unionsparteien mißbraucht wurde, haben CDU und CSU realistische Friedenspolitik betrieben. Die Aussöhnung mit Israel, die Verständigung mit Frankreich, die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in den Westen und der Beginn von Gesprächen und Vereinbarungen mit dem Osten waren sichtbare Ergebnisse dieser Friedenspolitik von CDU und CSU. Wir treten für eine echte und dauerhafte Entspannung ein. Entspannung aber ist keine Einbahnstraße, wirkliche Entspannung ist unteilbar. Sie ist auf die Dauer nur möglich, wenn die Ursachen der Spannung beseitigt werden.

1.1 Wir stehen zum Bündnis der westlichen Welt

Wir bekennen uns nicht nur zum Atlantischen Bündnis, wir sind auch bereit, die notwendigen Leistungen zu erbringen, damit es seine Aufgabe, seinen Mitgliedern Frieden und Freiheit zu erhalten, erfüllen kann.

CDU und CSU haben dieses Bündnis, den Aufbau der Bundeswehr und ihre moderne Ausrüstung, denen allein wir bis heute Frieden und Freiheit in unserem Lande verdanken, gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchgesetzt. Die gleiche SPD will zu großen Teilen, aus ideologisch bedingter Blindheit ebenso wie aus leichtfertiger Entspannungsillusion, dem westlichen Bündnis die lebensnotwendige Ausstattung zur Sicherung der Freiheit verweigern.

Während immer größere Teile der SPD, in der amerikanischen Öffentlichkeit bereits als „Moskauflügel" charakterisiert, die sowjetische Über-Rüstung, die mit einem berechtigten Sicherheitsbedürfnis und mit der wirtschaftlichen Leistungskraft der Sowjetunion in keiner Weise mehr in Einklang steht, als „defensiv" verharmlosen, den Überfall auf Afghanistan als „Vorbeugung" beschönigen und mehr Verständnis für die Sowjetunion als für die eigenen Interessen bekunden, demonstriert der Weltkommunismus, daß er zum militärischen wie vor allem auch zum politischen Einsatz seines Waffenpotentials als Mittel des Drucks und der Lähmung bereit und entschlossen ist.

1969 hat die SPD/FDP einen außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsel eingeleitet. Sie haben zu wenig gefragt, was unsere Sicherheit erfordert, und zu viel, was der Sowjetunion gefällt. Sie haben das historisch erhärtete Gesetz mißachtet, daß der Frieden auf Dauer nur gewahrt werden kann, wenn militärisches Gleichgewicht gegeben ist.

Wir wissen, daß dauerhafter Frieden der Verständigungsbereitschaft, aber ebenso der Verteidigungsfähigkeit bedarf. Verlust des Machtgleichgewichts erzeugt Spannung und fordert zur Gewaltpolitik heraus. Zur Erhaltung des Friedens ist es unerläßlich, daß diejenigen Waffen bereitstehen, die zur Verhinderung eines Krieges unerläßlich sind.

Zur Sicherung des Friedens in Freiheit bleibt das Nordatlantische Bündnis unentbehrlich.

- Frieden und Freiheit müssen wir gegen jede militärische und ideologische Bedrohung sichern. Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können ihre Sicherheit und Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika verteidigen. Deshalb muß das Atlantische Bündnis weiter gefestigt und ausgebaut werden. Die freien Staaten Europas müssen militärisch enger zusammenarbeiten.
- Wir sind bereit, im Rahmen der NATO unsere Verteidigungsfähigkeit zu verbessern und andere NATO-Partner in der Stärke ihrer Verteidigungskraft zu unterstützen.
- Wir sind für Gewaltverzicht, Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, wenn dabei ein ausgewogenes militärisches Gleichgewicht auf allen Ebenen gewährleistet wird.
- Wir bejahen Aufgabe, Leistung und Stellenwert unserer Bundeswehr. Wir geben ihr jede notwendige personelle, technische, soziale und menschliche Unterstützung.
- Wir werden dafür sorgen, daß sich die Bundeswehr ungehindert in der Öffentlichkeit zeigen und darstellen kann.
- Die Verteidigung unseres Vaterlandes ist Sache des ganzen Volkes. Darum ist die allgemeine Wehrpflicht eine demokratische Grundpflicht, für die wir eintreten. Dabei achten wir selbstverständlich die echte Gewissensentscheidung gegen den Dienst mit der Waffe. Der junge Mann, der seinen Wehrdienst leistet, darf gegenüber dem Verweigerer nicht benachteiligt sein.

1.2 Wir bekennen uns in unserer nationalen Verantwortung zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit

Deutschland ist nach wie vor geteilt. Wir finden uns mit der kommunistischen Diktatur im anderen Teil Deutschlands, dem Schießbefehl, dem weiteren Ausbau der Selbstschußanlagen an der Grenze, mit der Unterdrückung der Freizügigkeit und der Meinungsfreiheit niemals ab.

Ganz Deutschland bleibt unser Vaterland. Zu der Macht der Tatsachen zählen nicht nur die Macht der Regierungen und die Stärke der Waffen, sondern auch

der Wille der deutschen Nation zur Einheit, der seine geschichtliche Kraft behalten wird.

Wir bekennen uns im Gegensatz zur SPD/FDP zur geschichtlichen und verfassungsrechtlichen Verantwortung für ganz Deutschland und erklären als überragendes Ziel unserer Politik die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Wir werfen der SPD/FDP-Koalition nicht vor, daß sie das Ziel der Wiedervereinigung nicht erreicht hat. Um so schwerer aber wiegt der durch Tatsachen bewiesene Vorwurf, daß SPD und FDP mit ihrer Art von „Deutschlandpolitik" die Spaltung durch ihre Anerkennungspolitik gefestigt, ein Gewaltregime auf deutschem Boden anerkannt und weltweit hoffähig gemacht haben. Gleichzeitig wurde der Gedanke an die Einheit des Vaterlandes Stück für Stück dem öffentlichen Bewußtsein entzogen.

Berlin bleibt die Hauptstadt des ganzen Deutschland und der sichtbare Ausdruck unserer Hoffnung auf die deutsche Einheit. Wir werden die Rechte des freien Berlin, seine Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland und seine Lebensfähigkeit im Zusammenwirken mit den drei alliierten Schutzmächten wahren und gewährleisten. Die Bindungen zwischen dem freien Berlin und der Bundesrepublik Deutschland werden wir aufrechterhalten und fortentwickeln. Wir wollen die Deutsche Nationalstiftung in Berlin.

— Wir wollen auch mit den östlichen Nachbarn einschließlich der Sowjetunion in Frieden leben. Wir gehen von den geschlossenen Verträgen aus. Bei Auslegung und Anwendung der Ostverträge und des innerdeutschen Grundlagenvertrages bleiben die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes von 1973 und 1975, die Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages von 1972 und die Briefe zur deutschen Einheit maßgeblich. Wir sind auf der Grundlage der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung zur Zusammenarbeit bereit.

— Wir wollen wirksame und dauerhafte freundschaftliche Beziehungen mit allen Völkern Europas.

— Wir unterstützen und fördern die Begegnungen der Menschen in Deutschland und die Bewahrung aller geistigen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten, um die Einheit der Nation lebendig zu erhalten.

— Wir werden uns dafür einsetzen, daß Schulbücher und Unterricht, aber auch die Medien wahrheitsgetreu und umfassend über die deutsche Frage informieren.

— Wir bestehen darauf, daß die Zusagen und Versprechungen der innerdeutschen Verträge, die Verpflichtungen aus den Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Helsinki tatsächlich verwirklicht werden.

— Wir sorgen dafür, daß die uns zu Gebote stehenden außenpolitischen Instrumente, auch unsere Mitwirkung in den Vereinten Nationen, wieder stärker genutzt werden, das Recht der Deutschen auf nationale Selbstbestimmung in der Welt bewußter zu machen.

— Wir werden jede vertragliche Möglichkeit nutzen, die Folgen der Teilung zu mildern, aber dabei einseitige Vorleistungen verweigern und auf der eindeutigen Einhaltung der Verträge bestehen.

1.3 Wir bauen das freie und soziale Europa

CDU und CSU waren von der ersten Stunde ihres Wirkens an die Parteien der europäischen Einigung. Gegen den Widerstand der SPD haben wir die Grundlage für die Einheit im freien Europa gelegt und ausgebaut. Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse werden wir dafür sorgen, daß das große Ziel Europa nicht außer Sicht kommt. Weil wir für ein Europa der menschlichen Freiheit, der sozialen Sicherheit, der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Handlungsfähigkeit sind, begrüßen wir es nachdrücklich, daß die Bürger unseres Landes bei der ersten direkten Wahl zum Europäischen Parlament Sozialismus und Kommunismus eine eindeutige Absage erteilt haben.

— Wir treten nach wie vor dafür ein, das nationalstaatliche System der Zersplitterung Europas zu überwinden, um an seine Stelle einen europäischen Staatenbund mit Weiterentwicklung zu einem europäischen Bundesstaat zu setzen.

— Wir wissen, daß die Europäer die Herausforderungen der Zukunft — Bewahrung von Frieden und Freiheit, Lösung des Energieproblems, Partnerschaft mit der Dritten Welt — nur gemeinsam in einer politischen Union meistern können. Europa braucht eine von der Union geführte Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die das Einigungswerk voranbringt.

— Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf, als nächsten Schritt des Einigungsprozesses dem Europäischen Parlament die Möglichkeit zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung zu geben.

— Auf diesem Weg zum europäischen Bundesstaat werden wir uns dafür einsetzen, daß das Europäische Parlament zusätzliche Befugnisse erhält und daß der Ministerrat nach Text und Sinn der Römischen Verträge mehrheitlich entscheidet.

— Wir wollen eine gemeinsame Außenpolitik der Gemeinschaft in enger Partnerschaft mit Nordamerika.

1.4 Wir wollen eine Entwicklungspolitik der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung

Die wachsende Not in vielen Ländern der Dritten und Vierten Welt hat viele Ursachen, nicht zuletzt jene, daß der erdölerzeugende Teil der Dritten Welt seinen Reichtum auf Kosten nur begrenzt zahlungsfähiger Länder vermehrt. Die Probleme der Not in den Entwicklungsländern können auch nicht ohne Beitrag der Völker und ihrer Führungen selbst abgetragen werden. Die Forderung nach globaler Umverteilung löst keine Probleme. Die Sowjetunion und ihre Satelliten verschärfen die wirtschaftliche und politische Krisensituation in vielen Ländern der Dritten Welt, indem sie politische und soziale Unruhe schüren, ihre totalitäre, kollektivistische Ideologie exportieren und Waffen liefern, aber keinerlei nennenswerte Entwicklungshilfe leisten. Die gesamte Last der materiellen Hilfe für die Entwicklungsländer wird fast ausschließlich von den Staaten der freien Welt getragen. Dazu kommt, daß starke sozialistische Kräfte die

Entwicklungspolitik als Instrument für eine sozialistische Weltwirtschaftsordnung mißbrauchen wollen.

Wir als Christliche Demokraten wissen uns verpflichtet, für mehr wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit in der Welt zu wirken, das Gefälle zwischen reichen und armen Ländern durch solidarische Hilfe und durch Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer abzubauen. Gleichzeitig müssen wir im partnerschaftlichen Dialog mit den Entwicklungsländern auch die Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft durch stetige Versorgung mit Rohstoffen und Energie, durch Erhaltung und Ausbau unserer Export- und Investitionsmärkte erreichen. Entwicklungspolitik ist ein Gebot der Sicherung unserer Existenz und zugleich eine ethische Aufgabe.

— Wir wollen den Ländern der Dritten Welt beim Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaftsordnung helfen, die es ihnen erlaubt, ihren Platz als gleichberechtigte Partner in der Völkergemeinschaft einzunehmen. Wir halten es für vordringlich, daß den Ländern der Dritten Welt bei der Heranbildung eines qualifizierten wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Managements, bei der Ausbildung tüchtiger Handwerker und Bauern geholfen wird. Die Einsicht muß Platz greifen, daß Fleiß und Leistung, nicht Agitation und Revolution Voraussetzung für eine Besserung der Lebensverhältnisse sind.

— Wir werden im Dialog mit den Entwicklungsländern um mehr Verständnis für die Vorteile einer freien und sozialen Ordnung der Weltwirtschaft werben.

— Wir werden für die Öffnung der Märkte der Industrieländer eintreten und unserer Wirtschaft die strukturellen Anpassungsprozesse erleichtern.

— Zur Hilfe für rohstoffarme Entwicklungsländer ist es erforderlich, daß die Industrieländer ölunabhängige Energiequellen, z. B. die Kernenergie, weiterentwickeln, selbst verstärkt einsetzen und auch den Entwicklungsländern anbieten.

— Wir werden nicht zulassen, daß deutsche Entwicklungshilfe die Feinde der Freiheit stützt, die Gewaltanwendung vermeintlicher Freiheitsbewegungen begünstigt oder deutschen Interessen zuwiderläuft.

— Wir werden den Ländern der Dritten Welt, die auf unser Seite stehen, die Gewißheit geben, daß sie im Falle der Not und Gefahr auf uns rechnen können.

1.5 Wir kämpfen für die Menschenrechte in aller Welt

Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland seit mehr als drei Jahrzehnten in Frieden und Freiheit. Wir vergessen nicht, daß die Menschen im anderen Teil Deutschlands seit 1933 keinen demokratischen Rechtsstaat mit seinen verbrieften Menschenrechten und Grundfreiheiten mehr kennengelernt haben.

Auch in vielen anderen Ländern, vornehmlich in kommunistisch regierten Staaten, werden Menschenrechte und Grundfreiheiten verweigert. Gerade in Osteuropa werden sie trotz feierlich verkündeter Entspannungspolitik und trotz der Vereinbarungen von Helsinki mißachtet. Unterdrückung, Flucht, Vertreibung und Elend — das ist die Lebenswirklichkeit von Millionen Menschen.

Freiheit und Recht sind unteilbar. Ohne Menschenrechte und Grundfreiheiten gibt es keine Sicherheit und auch keinen Frieden, der diesen Namen verdient.

Auch die Sozialisten treten für die Menschenrechte ein, aber nur dort, wo es ihnen ideologisch paßt. Sie beschönigen die menschenverachtende Unrechtspolitik sozialistischer und kommunistischer Regime, weil sie die Lebenslüge ihrer Entspannungspolitik aufrechterhalten wollen und weil sie Macht und Gewaltanwendung durch kommunistische Diktaturen mit anderen Maßstäben messen. Die SPD/FDP-Regierung hat nicht auf der Einhaltung des Kernstücks der Schlußakte von Helsinki — den Menschenrechtsvereinbarungen — bestanden, und damit die Hoffnung vieler Menschen in Osteuropa enttäuscht.

— Wir werden dafür sorgen, daß bei gesamteuropäischen Konferenzen — wie bei den KSZE-Folgekonferenzen — die westlichen Länder beharrlich die Menschenrechte anmahnen.

— Wir werden Bemühungen um eine freiheitliche politische Ordnung überall in der Welt fördern und Gewaltherrschaften, gleichgültig ob von rechts oder von links, ebenso verurteilen wie die friedensfeindliche Tätigkeit der Interventionstruppen des Sowjetblocks in Afrika.

— Wir werden den Opfern kommunistischer Gewaltpolitik solidarische Hilfe leisten, und dabei offen sagen, daß ihr Elend und ihre Vertreibung das Resultat kommunistischer Unterdrückung sind, die in Kambodscha selbst vor dem Völkermord nicht zurückschreckt.

— Christliche Verantwortung verpflichtet uns, allen Christen und allen Gläubigen anderer Religionen beizustehen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

2 Wir leisten unseren Beitrag für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland

Heute blicken die Menschen unsicher in die Zukunft. Sie fragen, ob das heute erreichte Maß an wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit von Dauer ist. Sie glauben nicht, daß SPD/FDP-Bundesregierungen jene Entscheidungen treffen und durchsetzen können, die eine gute Zukunft sichern.

Diese Zweifel, Fragen und Sorgen sind begründet. Staat und Gesellschaft sind in den kommenden Jahrzehnten mit neuen Problemen belastet.

Während des Jahrzehnts der SPD/FDP-Koalition sind Problemberge aufgetürmt worden, die die Aussichten auf eine gute Zukunft verstellen, die die Leistungsfähigkeit des Staates und des einzelnen sowie die kommende Generation schwer belasten.

Benachteiligung der Familien und mangelhafte Entfaltungschancen für die Frauen, Dauerarbeitslosigkeit und Finanzierungslücken bei der sozialen Sicherung, wachsende Verschuldung und bürokratische Fesseln in Staat und Gesellschaft schaffen die Gefahr eines Generationenkonfliktes, versperren den Weg in eine gute Zukunft. Aus einer Gesellschaft des Aufbruches, der Hoffnung und der Zuversicht ist jetzt eine Gesellschaft des Zweifels, der Resignation und der ängstlichen Verwaltung der Gegenwart geworden.

Wir leben in der Gegenwart vom Kapital der vergangenen und auf Kosten der künftigen Generationen.

Das richtige Verhältnis zwischen Gegenwart und Zukunft ist gestört. Die Politik hat das Gleichgewicht verloren zwischen den Ansprüchen der Gegenwart und den Erfordernissen der Zukunft. Sie hat nur die Gegenwart berücksichtigt und die Zukunft vernachlässigt. Diese Politik ist kurzsichtig. Sie ist unmoralisch. Sie führt unausweichlich in große — nicht nur finanzielle — Krisen.

Wir können die Zukunft gewinnen. Dazu aber brauchen wir einen neuen Anfang. Die Probleme, die sich vor uns auftürmen, sind nicht naturgegeben oder vom Schicksal verhängt. Sie sind die Folge von Fehlern und Versäumnissen der SPD/FDP-Regierungen. Sie können durch unsere tüchtige Bevölkerung und eine gute Politik gemeistert werden. Das deutsche Volk hat, geführt von einer fähigen Regierung, schon ganz andere Probleme gemeistert.

Wir können viel von der Wiederaufbaugeneration lernen. Sie hat uns ein Erbe hinterlassen, das es zu erhalten, zu mehren und weiterzugeben gilt. Diese Generation hat Erhebliches in die Zukunft, in die nachfolgenden Generationen investiert. Unsere jetzige Generation lebt von der Leistung, die die Generation vor uns in den fünfziger Jahren unter Opfer, Verzicht und harter Arbeit für die Gegenwart erbracht hat. Aber wer an einer guten Zukunft bauen will, der darf die Fundamente nicht zerstören und bewährte Prinzipien nicht verletzen.

2.1 Wir erhalten und verbessern die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Freiheit, Grundlage unseres Wohlstandes und unserer sozialen Sicherheit

CDU und CSU haben mit Ludwig Erhard und der Sozialen Marktwirtschaft das Fundament für einen ungeahnten wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg unseres Landes und aller seiner Bürger gelegt.

Wir haben den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft erarbeitet und durchgesetzt, um die Freiheit auch im Zeitalter verstärkter Industrialisierung und weitergehender Arbeitsteilung für jedermann zu schaffen und das Bewußtsein für Selbstverantwortung ebenso wie die Bereitschaft zur Mitverantwortung für den Mitmenschen und für das Allgemeinwohl zu wecken und wirksam zu machen.

Wenn wir unsere Zukunft in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit sichern wollen, dann müssen wir zu großen Anstrengungen bereit sein und wieder zu einer Solidarität der gesellschaftlichen und sozialen Gruppen sowie der Generationen finden. Nur so werden wir die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft bewältigen.

Eine Wende zum Besseren erfordert eine Wende in der Wirtschaftspolitik. Die SPD/FDP hat in den vergangenen zehn Jahren Schritt für Schritt die Soziale Marktwirtschaft beeinträchtigt.

Diese Politik hat im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren zu einem beispiellosen Rückgang der Investitionstätigkeit im letzten Jahrzehnt geführt, zu Inflation und Dauerarbeitslosigkeit, zu einer nie zuvor erreichten Staatsverschuldung und zu einer bürokratischen Fesselung der Wachstumskräfte unserer Wirtschaft.

In der Sozialen Marktwirtschaft, die wir für unser Land erstritten haben, und die wir erhalten werden, hat jeder seinen Platz: Arbeitnehmer und Unternehmer, Handwerker und freiberuflich Tätiger, Einzelhändler, Landwirt und Beamter. Dem Sozialismus als einer Ideologie des Neides ist es zu eigen, Gruppen gegeneinander aufzubringen, Gräben zu ziehen, Gegensätze zu schaffen und zu schüren. Wir dagegen sind der Überzeugung, daß nur das Zusammenwirken vieler einzelner dem Wohl des Ganzen dient.

Wir wissen um die Bedeutung unserer Arbeitnehmer, die gerade in der Sozialen Marktwirtschaft einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ohne Beispiel genommen haben und durch ihre Arbeitsleistung das große Werk des Wieder- und Neuaufbaus maßgeblich bewirkt haben. Wir haben dem Arbeitnehmer seinen Platz in unserer Gesellschaft ermöglicht, wir werden ihn auch in Zukunft vor sozialistischer Bevormundung und Ausbeutung, die vor allem durch eine verfehlte Steuer- und überzogene Abgabenpolitik erfolgt, bewahren.

Wir wissen um die Bedeutung unternehmerischer Wirtschaft, die sozialistischer Planwirtschaft, wo und unter welchen Vorzeichen sie immer praktiziert wird, bei weitem überlegen ist. Der Abbau des Unternehmertums, Fernziel sozialistischer Systemveränderer, wird unter unserer Regierungsverantwortung nicht weitergehen.

Wir wissen um die Bedeutung eines vielfältigen und breitgefächerten Mittelstandes, von Klein- und Mittelbetrieben, von Handwerkern, von freiberuflich Tätigen, von Einzelhändlern.

Die Qualität einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mißt sich für uns auch an der Zahl der Selbständigen: je mehr Menschen es gibt, die eigenverantwortlich planen und handeln, überlegen und entscheiden, also eigene Verantwortung übernehmen, um so größer ist die Fähigkeit der Erneuerung und Weiterentwicklung, was dem wirtschaftlichen Ganzen im allgemeinen und den Arbeitnehmern bei einer möglichst breiten Arbeitsplatzzahl im besonderen zukommt. Deshalb fördern wir eine ausgewogene Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben, die auch den Wettbewerb im Interesse des Verbrauchers fördert. Wir werden die Auszehrung des Mittelstandes beenden und durch geeignete Rahmenbedingungen mehr Menschen zu selbständiger beruflicher Existenz ermuntern.

Wir wissen um die Bedeutung der Arbeit unserer Landwirte für die Sicherung der Ernährung und für die Erhaltung und Pflege unserer Landschaft. Gerade die weltpolitische und weltwirtschaftliche Entwicklung zwingt uns auch in der Landwirtschaftspolitik zu einer illusionsfreien Haltung. Wir müssen auch bei der Nahrungsmittelversorgung verhindern, in einer Krisensituation an einem entscheidenden Lebensnerv getroffen zu werden. Deshalb setzen wir uns mit allen Kräften für die Erhaltung einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft auf der Grundlage eines breit gestreuten Bodeneigentums ein. Wir werden dafür sorgen, daß auch unsere Bauern angemessen teilhaben an der allgemeinen Einkommensentwicklung, daß sie ein gerechtes Entgelt für ihre harte Arbeit erhalten.

Wir wissen um die Bedeutung eines tüchtigen und qualifizierten Berufsbeamtentums, an dem wir im Interesse des Bürgers und des Staates festhalten werden.

— Wir werden das Wirtschaftswachstum durch Verstärkung der Investitionsbereitschaft und Investitionsfähigkeit fördern.

— Wir werden den Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft mit allen zur Verfügung stehenden rechtlich und marktwirtschaftlich einwandfreien Mitteln entgegenwirken sowie im Interesse der Verbraucher neuen Produkten und Unternehmen den Zugang zum Markt eröffnen.

— Wir werden die Bremsklötze für Investitionen beseitigen. Initiative, Einfallsreichtum und Leistungswille dürfen nicht in einer Flut von Vorschriften und durch bürokratische Reglementierungen erstickt werden.

— Eine ausgewogene Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben fördert den Wettbewerb im Interesse des Verbrauchers, vergrößert die Arbeitsplatzchancen der Arbeitnehmer und ermöglicht mehr unternehmerische und berufliche Selbständigkeit. Wir werden daher ein Gesetz zur Förderung des Mittelstandes einbringen.

— Unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung braucht eine leistungs- und wettbewerbsfähige Land-, Forst-. Ernährungs- und Fischereiwirtschaft.

— Die Eigenkapitalbildung der Unternehmen als Voraussetzung neuer Investitionen und neuer Arbeitsplätze muß gestärkt werden.

— Wir werden die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand fördern. Sie ist eine zwingende wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Steuerrechtliche und gesellschaftsrechtliche Hemmnisse für eine wirksame Vermögensbildung werden wir entsprechend dem Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1978 unverzüglich beseitigen. Wir treten ein für eine Vielfalt von Vermögensbeteiligungsformen und wollen, daß sich die Arbeitnehmer auch an ihren Unternehmen beteiligen können.

2.2 Wir sichern die Energieversorgung

Ohne Energie gibt es keine Zukunft. Die ausreichende Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit Energie zu bezahlbaren Preisen ist die Voraussetzung für

— das Funktionieren unserer Wirtschaftsordnung,

— wirtschaftliches Wachstum,

— Vollbeschäftigung,

— Humanisierung der Arbeitswelt,

— zivilisatorische Erleichterungen unseres Lebens,

— Erhaltung des sozialen Netzes,

— Sicherung der politischen Stabilität.

Deshalb geht die Frage der Energie- und Rohstoffversorgung unseres Staates an die Wurzeln unserer Existenz schlechthin. Weltpolitische Krisen und einseitige Abhängigkeiten von Förderländern, die das nach wie vor unentbehrliche Erdöl liefern, bedrohen nicht nur unsere wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch unsere politische Entscheidungsfreiheit.

Die Gefährdung unserer Energieversorgung ist seit Jahren bekannt, sie ist vor allem seit der ersten Ölkrise der Jahre 1973/74 in das Bewußtsein der Menschen gerückt.

Die SPD/FDP-Bundesregierungen haben sich auch hier um die Antwort auf eine Lebensfrage unseres Volkes gedrückt. Sie haben geredet, wo hätte gehandelt werden müssen, sie haben diskutiert, wo hätten Entscheidungen getroffen werden müssen, sie haben die Öffentlichkeit über den Ernst der Lage hinweggetäuscht, wo unsere Bürger Anspruch auf ehrliche Information gehabt hätten. SPD und FDP haben um die energiepolitische Bedrohung gewußt, aber aus ihrem Wissen aus parteipolitischer Schwäche keine Konsequenzen gezogen. Deshalb wiegt das Versagen hier doppelt schwer.

SPD und FDP haben einen energiepolitischen Stillstand verschuldet. Sie waren unfähig, eine verantwortungsbewußte Entscheidung für die Kernenergie zu treffen. Die Radikalisierung des einen Koalitionsflügels traf sich mit der opportunistischen und führungsschwachen Anpassung jener, die es hätten besser wissen müssen. In einer unbequemen und teilweise unpopulären Frage wollten sich SPD und FDP auch hier an einer Antwort vorbeischwindeln.

Wir geben diese Antwort:

— Die friedliche Nutzung der Kernkraft ist zur Sicherung unserer Energieversorgung unentbehrlich. Wir werden daher die Kernenergie im notwendigen Umfang, bei einer geregelten Entsorgung und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen nutzen. Wir werden aber nicht zulassen, daß die Berufung auf Fragen der Sicherheit und der Entsorgung selbst dort zum Vorwand für die Verhinderung der Kernenergienutzung genommen wird, wo sie gelöst sind.

— Wir werden die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vom Erdöl schrittweise verringern. Dafür brauchen wir sowohl neue Kohlekraftwerke wie neue Kernkraftwerke in einer sinnvollen Verbindung des Einsatzes beider Energieträger. Jede Tonne Kohle ist wertvoll. Die Verwendung der Kernenergie als billigste Quelle für die Erzeugung von Prozeßwärme gibt den Veredelungsmöglichkeiten der Kohle eine wirtschaftlich optimale Grundlage.

— Weil wir für eine ehrliche Politik gegenüber unserem Volke sind, sagen wir, daß trotz Sparens und verbesserten Wirkungsgrades bekannter Energien, trotz der Suche nach neuen Energien und trotz des verstärkten Einsatzes der Kohle kein Weg an der Kernkraft vorbeiführt, wenn nicht unsere wirtschaftliche, soziale und staatliche Ordnung zusammenbrechen soll.

— Nicht aus Übermut, sondern aus Verantwortungsbewußtsein sagen wir ja zur Kernenergie. Klarheit und Rechtssicherheit und kürzere Entscheidungswege sind für die Genehmigungsverfahren unerläßlich. SPD und FDP haben sich als unfähig erwiesen, diese Verantwortung zu tragen.

— Die Erschließung bisher ungenutzter Energiequellen und der Einsatz neuer Techniken stehen erst am Anfang. Wir werden Wissenschaft und Forschung fördern, damit sie sich dieser Aufgabe verstärkt zuwenden. Dies gilt nicht nur für die Nutzung der Sonnenenergie und der Erdwärme, sondern auch für die Erforschung und Entwicklung der Fusionsenergie und der Wasserstoffener-

gie sowie für die Förderung der Energiegewinnung aus nachwachsenden Brennstoffen. Wir brauchen neue Treibstoffe und energiesparende Antriebsaggregate.

— Wir werden im privaten und wirtschaftlichen Bereich Anreize zu einer besseren Ausnutzung von Energie schaffen.

— Wir verstehen die Sicherung der Energieversorgung zu tragbaren Preisen als eine große Herausforderung für unser Land. Wir sind bereit zu einem Pakt der Vernunft. Wir brauchen ein Handeln, das jetzt die Blockade lebenswichtiger Entscheidungen aufhebt und unsere Zukunft sichert.

2.3 Wir schaffen wieder Vollbeschäftigung

Arbeitslosigkeit ist in der Bundesrepublik Deutschland zum Dauerproblem der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geworden. Eine investitionsfeindliche Politik hat zu einer schwerwiegenden Investitionslücke geführt, mit dem Ergebnis, daß seit 1972 die Zahl der Arbeitsplätze um weit mehr als eine Million abgenommen hat. Die Lage am Arbeitsmarkt ist von einer Arbeitslosenzahl von rund einer Million auf der einen Seite und vom Fehlen vieler hunderttausender qualifizierter Arbeitskräfte auf der anderen Seite seit Jahren gekennzeichnet. Das ist zum Hauptproblem der Wirtschafts- und Bildungspolitik geworden.

Der technische Fortschritt (z. B. Mikroprozessoren) schafft Arbeitsplätze und trägt zur Entlastung von körperlicher Schwerarbeit bei, zugleich aber stellt er den Arbeitsmarkt vor große Aufgaben. Die Situation wird sich noch dadurch weiter verschärfen, daß in den nächsten 10 Jahren mit den geburtenstarken Jahrgängen 1 Million Menschen mehr ins Erwerbsleben eintreten als gleichzeitig aus ihm ausscheiden. Die Arbeitslosigkeit ist damit zu einem der großen Zukunftsprobleme geworden.

Mit dirigistischen Mitteln wie Wirtschaftsplanung, Investitionslenkung, Strukturräten usw. ist dieses Problem nicht zu lösen. Durch ihre Unfähigkeit, dieses Problem zu lösen, hat die SPD ihren Anspruch, Arbeitnehmerpartei zu sein, verwirkt.

Die Union wird durch eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft den beschäftigungspolitischen Herausforderungen begegnen. Denn wir wissen: eine gute, zuverlässige Wirtschaftspolitik ist die beste Sicherung der Vollbeschäftigung. Dabei werden wir uns besonders um Problemgruppen des Arbeitsmarktes wie Jugendliche ohne Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Frauen, ältere Arbeitnehmer, Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen und Arbeitnehmer strukturschwacher Gebiete bemühen. Die Tarifpartner tragen wesentliche Verantwortung für die Vollbeschäftigung.

2.4 Wir fördern die Familie, das Fundament der freien menschlichen Gesellschaft

Nach unserem Verständnis von Mensch, Gesellschaft und Staat hat die Familie eine überragende Stellung. Deshalb hat das Grundgesetz Ehe und Familie, die für uns nicht Leistungseinheit und Zufallsgemeinschaft sind, unter den besonderen Schutz des Staates gestellt. SPD und FDP waren unfähig oder nicht willens, diesem Verfassungsauftrag gerecht zu werden. Im letzten Jahrzehnt

haben sich die Lebensbedingungen für die Familie deutlich verschlechtert. Wird die Politik von SPD und FDP hier nicht abgelöst, gerät die Familie auf die Schattenseite der Gesellschaft. Die Geburtenzahlen sinken, die Bundesrepublik Deutschland ist das Land mit der niedrigsten Geburtenziffer in der ganzen Welt geworden. Seit 1960 hat sich die Geburtenzahl in nur zwei Jahrzehnten von rund einer Million fast um die Hälfte verringert. Die SPD/FDP-Koalition hat Familien und Kinder links liegenlassen.

Wir werden diese familienfeindliche Politik beenden und zu einer moralischen wie politischen Offensive für die Familie antreten. Notwendig für eine neue Politik ist eine Bewußtseinsänderung, ist ein Umdenken hin zu einer Wertschätzung und Anerkennung der Familie in Politik und Gesellschaft. Sozialistisches Gedankengut, mißverstandene Emanzipation, ständige Mißachtung der Familie in großen Teilen der Massenmedien haben zusammen mit dem konkreten familienpolitischen Versagen von SPD und FDP dazu geführt, daß dem Verfassungsgebot des besonderen Schutzes für Ehe und Familie keine angemessene Verfassungswirklichkeit gegenübersteht.

Eine Politik, die die Familien links liegenläßt, verwehrt es jungen Ehepaaren, ihren Wunsch nach Kindern zu verwirklichen. Die meisten Eltern wünschen sich mehr Kinder, als sie haben. Sie wissen, daß sie dann Opfer bringen müssen. Eltern sind nach wie vor dazu ihren Kindern zuliebe bereit. Aber es dürfen ihnen keine unzumutbaren Opfer abverlangt werden.

Eine Politik, die die Familien links liegenläßt, verletzt die Grundbedürfnisse nach Geborgenheit, Sicherheit und Menschlichkeit. In einer anonymen, arbeitsteiligen Gesellschaft ist die Familie der Ort, wo Vertrauen, Toleranz und Pflichterfüllung gelernt und gelebt werden können. Die Familie ist der wichtigste Schutz gegen die zunehmende Vermassung in der Industriegesellschaft und gegen die Kollektivierungstendenzen sozialistischer Ideologien.

Eine Politik, die die Familien links liegenläßt, lebt auf Kosten der Zukunft und legt den Keim für künftige soziale Konflikte. Die Familie hat ihren eigenen Wert. Sie ist kein Vollzugsorgan des Staates oder der Gesellschaft. Aber wenn die Lebensfähigkeit der Familien beeinträchtigt wird, hat dies Folgen für Staat und Gesellschaft, für Gegenwart und Zukunft.

Wenn der Geburtenrückgang in Deutschland dramatischer ist als in anderen Ländern, dann ist dies auch die Folge einer verfehlten Familien- und Gesellschaftspolitik. Künftige Generationen werden durch den Geburtenrückgang mit schweren Hypotheken belastet. Der Generationenvertrag droht in einen Generationenkonflikt umzuschlagen. Eine familienfeindliche Politik lebt auf Kosten unserer Kinder.

Die Familie leitet ihre Existenz nicht vom Staat ab, sie steht nicht zur Verfügung des Staates. Auch wenn die Familie Aufgaben für die Gemeinschaft erfüllt, die Staat und Gesellschaft nicht leisten können, hat der Staat nicht in die Familien hineinzuregieren. Deshalb werden wir für eine unserer Verfassung gerecht werdende Familiengesetzgebung sorgen. Wir werden der Familie die notwendige Unterstützung geben, die sie braucht, um ihrer Eigenschaft und Aufgabe als Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates gerecht werden zu können. Jede Gesellschaft braucht die gesunde Familie, um überleben zu können.

Eine Politik, die jetzt an der Familie spart, wird uns alle teuer zu stehen kommen. Deshalb ist ein gerechter Familienlastenausgleich ein sittliches und politisches Gebot. Wir wollen diesen Ausgleich so gestalten, daß er weit stärker als bisher die Eigenleistung der Familie, insbesondere der Mütter, anerkennt.

— Wir werden ein Erziehungsgeld von DM 400,— monatlich bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes einführen. Alleinerziehende Mütter und Väter sowie Familien mit geringem Einkommen werden wir darüber hinaus fördern.

— Wir werden die Benachteiligung der nicht in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis tätigen Mütter beim Mutterschaftsgeld beseitigen. Wir wollen, daß auch diese Mütter bei der Geburt eines Kindes für die Dauer von 6 Monaten ein Mutterschaftsgeld in Höhe von DM 500,— monatlich erhalten. Das Erziehungsgeld wird sich zeitlich an das Mutterschaftsgeld anschließen.

— Wir werden ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen schaffen. Ein erster Schritt hierzu ist die Umwandlung des bestehenden Kinderbetreuungsbetrages in einen echten Kinderfreibetrag.

— Die Höhe des Kindergeldes muß vom Gesetzgeber regelmäßig überprüft werden. Wir wollen die Entscheidungsfreiheit der Eltern dadurch verbessern, daß wir eine zweckgebundene Kapitalisierung für das Erstkindergeld anbieten.

— Die Union wird ergänzend zu einer familien- und kinderfreundlichen Städteplanung und Dorfentwicklung die gesamte Wohnungsbauförderung neu regeln und verbessern, damit Kinder nicht wegen unzureichender Wohnverhältnisse unerwünscht oder benachteiligt sind.

— Wir werden ein umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens verwirklichen.

2.5 Wir wollen mehr Entfaltungschancen für die Frauen

Der industrielle Fortschritt hat Wohlstand und soziale Sicherheit ermöglicht. Aber er war auch begleitet von Verlusten an Menschlichkeit, die vor allem die Frauen treffen. Was sie unter doppelter oder gar dreifacher Belastung — im Beruf, als Hausfrau und Mutter — leisten, findet wenig Anerkennung. Unsere Gesellschaft hat von den Frauen viel erwartet, ihnen viel aufgebürdet, aber wenig für sie getan. Die SPD hat aus ideologischen Gründen diesen Mißstand noch verschärft. Ausgehend von einem materialistischen Menschenbild vertritt sie die Irrlehre, die Befreiung der Frauen erfordere ihre Eingliederung in den industriellen Arbeitsprozeß. Das Ergebnis dieser Form von „Emanzipation" ist, daß den Frauen erneut eine einseitige Rolle zugewiesen wird.

Heute wehren sich die Frauen gegen diesen Zwang und wollen selbst über ihren Lebensweg entscheiden. Dabei erleben sie oft schmerzlich, daß ihre Möglichkeiten zur freien Entscheidung besonders eng begrenzt sind. Viele von ihnen üben einen Beruf aus, der ihnen Freude macht, wollen aber deshalb nicht auf Kinder verzichten. Sie sollten mehr Möglichkeiten haben, beides zu verbinden. Andere verzichten lieber auf berufliche Tätigkeit, um sich ganz ihrer Familie und ihren Kindern zu widmen. Sie sollen diese Möglichkeit nicht mit unzumutbaren Härten erkaufen müssen.

Vor allem aber: Die meisten Frauen wollen sich nicht in jungen Jahren ein für allemal zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Leben wählen. Besonders Frauen, die sich voll der wichtigen Aufgabe der Mutter widmen, stehen nach der Zeit der Kindererziehung vor dem Problem, eine neue Lebensaufgabe zu finden. Die Union versteht unter Gleichberechtigung die Wahlfreiheit zu einer Vielfalt von Lebensmöglichkeiten. Deshalb hat die Union schon vor Jahren die Partnerrente und das Erziehungsgeld gefordert und damit die entscheidenden Weichen gestellt.

Diese Politik für mehr Wahlmöglichkeiten und größere soziale Sicherheit für die Frauen setzt die Union fort.

— Wir werden die Benachteiligung der Hausfrauentätigkeit und der Kindererziehung beseitigen. Deshalb anerkennen wir diese Aufgaben als Berufstätigkeit und werden sie schrittweise sozial absichern.

— Wir werden die Altersversorgung der Mütter durch die Anrechnung von Erziehungszeiten verbessern. Die Union wird deshalb sicherstellen, daß durch die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung ein eigenständiger Rentenanspruch erworben werden kann.

  Die Bemessungsgrundlage für die Anrechnung der Erziehungsjahre soll sich am entsprechenden Durchschnittseinkommen orientieren. Als Erziehungsjahre sollen künftig 5 Jahre je Kind anerkannt werden.

— Für die rückwirkende Lösung stellen sich besondere finanzielle Probleme. Darüber hinaus ist es besonders schwierig, rückwirkend eine gerechte Lösung zu finden. Wir wollen, daß im Sinne der gleichwertigen Anerkennung von Berufstätigkeit und Kindererziehung rückwirkend grundsätzlich 1 Jahr je Kind rentensteigernd anerkannt wird.

— Wir werden die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Rentenrecht sicherstellen. Deshalb werden wir die Partnerrente für die Hinterbliebenen durchsetzen. Wir wollen, daß der erreichte Lebensstandard für den hinterbliebenen Ehegatten gesichert und für die Witwen verbessert wird. Deshalb soll die Rente des hinterbliebenen Ehepartners 70% der insgesamt von beiden Ehepartnern erworbenen Rentenanwartschaften nicht unterschreiten.

  Bei voller Sicherung der eigenerworbenen Rentenansprüche wird dies unter Berücksichtigung von Erziehungsjahren und sonstigen anrechnungsfähigen Versicherungsjahren zu einer Rentenverbesserung für den Hinterbliebenen führen.

— Wir werden die unzureichende Sicherung der Hausfrau und Mutter gegen Unfall und Invalidität beseitigen, die insbesondere für junge Frauen und ihre Familien existenzbedrohend ist, und schlagen eine Versicherungspflicht bei freier Wahl des Versicherungsträgers vor. Denn das Gesundheits- und Lebensrisiko der Hausfrauentätigkeit ist heute das einzige der großen Risiken, das nicht abgesichert ist.

— Wir werden alle Gesetze, Verordnungen und Ausbildungsvorschriften daraufhin überprüfen, ob sie die Berufschancen von Frauen beeinträchtigen.

Eine Politik, die jetzt an der Familie spart, wird uns alle teuer zu stehen kommen. Deshalb ist ein gerechter Familienlastenausgleich ein sittliches und politisches Gebot. Wir wollen diesen Ausgleich so gestalten, daß er weit stärker als bisher die Eigenleistung der Familie, insbesondere der Mütter, anerkennt.

— Wir werden ein Erziehungsgeld von DM 400,— monatlich bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes einführen. Alleinerziehende Mütter und Väter sowie Familien mit geringem Einkommen werden wir darüber hinaus fördern.

— Wir werden die Benachteiligung der nicht in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis tätigen Mütter beim Mutterschaftsgeld beseitigen. Wir wollen, daß auch diese Mütter bei der Geburt eines Kindes für die Dauer von 6 Monaten ein Mutterschaftsgeld in Höhe von DM 500,— monatlich erhalten. Das Erziehungsgeld wird sich zeitlich an das Mutterschaftsgeld anschließen.

— Wir werden ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen schaffen. Ein erster Schritt hierzu ist die Umwandlung des bestehenden Kinderbetreuungsbetrages in einen echten Kinderfreibetrag.

— Die Höhe des Kindergeldes muß vom Gesetzgeber regelmäßig überprüft werden. Wir wollen die Entscheidungsfreiheit der Eltern dadurch verbessern, daß wir eine zweckgebundene Kapitalisierung für das Erstkindergeld anbieten.

— Die Union wird ergänzend zu einer familien- und kinderfreundlichen Städteplanung und Dorfentwicklung die gesamte Wohnungsbauförderung neu regeln und verbessern, damit Kinder nicht wegen unzureichender Wohnverhältnisse unerwünscht oder benachteiligt sind.

— Wir werden ein umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens verwirklichen.

2.5 Wir wollen mehr Entfaltungschancen für die Frauen

Der industrielle Fortschritt hat Wohlstand und soziale Sicherheit ermöglicht. Aber er war auch begleitet von Verlusten an Menschlichkeit, die vor allem die Frauen treffen. Was sie unter doppelter oder gar dreifacher Belastung — im Beruf, als Hausfrau und Mutter — leisten, findet wenig Anerkennung. Unsere Gesellschaft hat von den Frauen viel erwartet, ihnen viel aufgebürdet, aber wenig für sie getan. Die SPD hat aus ideologischen Gründen diesen Mißstand noch verschärft. Ausgehend von einem materialistischen Menschenbild vertritt sie die Irrlehre, die Befreiung der Frauen erfordere ihre Eingliederung in den industriellen Arbeitsprozeß. Das Ergebnis dieser Form von „Emanzipation" ist, daß den Frauen erneut eine einseitige Rolle zugewiesen wird.

Heute wehren sich die Frauen gegen diesen Zwang und wollen selbst über ihren Lebensweg entscheiden. Dabei erleben sie oft schmerzlich, daß ihre Möglichkeiten zur freien Entscheidung besonders eng begrenzt sind. Viele von ihnen üben einen Beruf aus, der ihnen Freude macht, wollen aber deshalb nicht auf Kinder verzichten. Sie sollten mehr Möglichkeiten haben, beides zu verbinden. Andere verzichten lieber auf berufliche Tätigkeit, um sich ganz ihrer Familie und ihren Kindern zu widmen. Sie sollen diese Möglichkeit nicht mit unzumutbaren Härten erkaufen müssen.

Vor allem aber: Die meisten Frauen wollen sich nicht in jungen Jahren ein für allemal zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Leben wählen. Besonders Frauen, die sich voll der wichtigen Aufgabe der Mutter widmen, stehen nach der Zeit der Kindererziehung vor dem Problem, eine neue Lebensaufgabe zu finden. Die Union versteht unter Gleichberechtigung die Wahlfreiheit zu einer Vielfalt von Lebensmöglichkeiten. Deshalb hat die Union schon vor Jahren die Partnerrente und das Erziehungsgeld gefordert und damit die entscheidenden Weichen gestellt.

Diese Politik für mehr Wahlmöglichkeiten und größere soziale Sicherheit für die Frauen setzt die Union fort.

— Wir werden die Benachteiligung der Hausfrauentätigkeit und der Kindererziehung beseitigen. Deshalb anerkennen wir diese Aufgaben als Berufstätigkeit und werden sie schrittweise sozial absichern.

— Wir werden die Altersversorgung der Mütter durch die Anrechnung von Erziehungszeiten verbessern. Die Union wird deshalb sicherstellen, daß durch die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung ein eigenständiger Rentenanspruch erworben werden kann.

  Die Bemessungsgrundlage für die Anrechnung der Erziehungsjahre soll sich am entsprechenden Durchschnittseinkommen orientieren. Als Erziehungsjahre sollen künftig 5 Jahre je Kind anerkannt werden.

— Für die rückwirkende Lösung stellen sich besondere finanzielle Probleme. Darüber hinaus ist es besonders schwierig, rückwirkend eine gerechte Lösung zu finden. Wir wollen, daß im Sinne der gleichwertigen Anerkennung von Berufstätigkeit und Kindererziehung rückwirkend grundsätzlich 1 Jahr je Kind rentensteigernd anerkannt wird.

— Wir werden die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Rentenrecht sicherstellen. Deshalb werden wir die Partnerrente für die Hinterbliebenen durchsetzen. Wir wollen, daß der erreichte Lebensstandard für den hinterbliebenen Ehegatten gesichert und für die Witwen verbessert wird. Deshalb soll die Rente des hinterbliebenen Ehepartners 70% der insgesamt von beiden Ehepartnern erworbenen Rentenanwartschaften nicht unterschreiten.

  Bei voller Sicherung der eigenerworbenen Rentenansprüche wird dies unter Berücksichtigung von Erziehungsjahren und sonstigen anrechnungsfähigen Versicherungsjahren zu einer Rentenverbesserung für den Hinterbliebenen führen.

— Wir werden die unzureichende Sicherung der Hausfrau und Mutter gegen Unfall und Invalidität beseitigen, die insbesondere für junge Frauen und ihre Familien existenzbedrohend ist, und schlagen eine Versicherungspflicht bei freier Wahl des Versicherungsträgers vor. Denn das Gesundheits- und Lebensrisiko der Hausfrauentätigkeit ist heute das einzige der großen Risiken, das nicht abgesichert ist.

— Wir werden alle Gesetze, Verordnungen und Ausbildungsvorschriften daraufhin überprüfen, ob sie die Berufschancen von Frauen beeinträchtigen.

Wir wollen die einseitige Festlegung der Mädchen auf typische Frauenberufe beseitigen.

— Wir werden darauf hinwirken, daß Frauen gleichen Lohn bei gleicher Arbeit erhalten. Frauen müssen die gleichen Aufstiegschancen haben wie Männer. Wir werden die Tarifpartner dabei unterstützen, daß die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt abgebaut wird.

— Wir werden dafür eintreten, daß das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst erhöht wird.

— Die Union wird durch eine verstärkte Förderung aus Bundesmitteln im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen anregen, die insbesondere Frauen zugute kommen werden.

— Für den Wiedereintritt von Hausfrauen in das Berufsleben wird die Union bessere Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten schaffen.

2.6 Wir sichern die Renten und erhalten den Generationenvertrag

Die Empörung über den Rentenbetrug des Wahljahres 1976 durch Helmut Schmidt hat bei unseren älteren Mitbürgern eine Phase der Sorge und Unsicherheit eingeleitet. Die Menschen müssen sich heute darauf verlassen können, daß die nachfolgende Generation ihnen morgen ihre Altersversorgung sichert.

Die Union will den Generationenvertrag durch wachstums- und umweltfreundliche Wirtschaftspolitik, eine neue und bessere Familienpolitik und eine verläßliche Rentenpolitik sichern. Wir werden die bruttolohnbezogene, dynamische Rente wieder einführen. Das Festhalten an der bruttolohnbezogenen Rente — ein durch die CDU/CSU geschaffenes Jahrhundertwerk echter Reformpolitik — ermöglicht die Einführung eines nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit gestaffelten Krankenversicherungsbeitrags der Rentner. Allein die bruttolohnbezogene, dynamische Rente schafft Verläßlichkeit und Sicherheit.

Wir stehen zum gegliederten System der Sozialversicherung. Nicht leistungsmäßig begründete Belastungsunterschiede von Versicherten und Arbeitgebern müssen abgebaut werden.

— Wir wollen den Sozialstaat nicht nur wirtschaftlich vernünftiger, sondern auch menschlicher gestalten.

— Wir werden die Bereitschaft vieler Menschen, vor allem Jugendlicher, zur zwischenmenschlichen Hilfe unterstützen.

— Wir werden freie gemeinnützige, kirchliche und private Krankenhäuser erhalten und neue staatliche Mammutkliniken verhindern.

2.7 Wir nehmen die aus der modernen Industriegesellschaft entstandenen neuen sozialen Fragen in Angriff

Die SPD nimmt die neuen Konflikte und die neuen sozialen Herausforderungen nicht zur Kenntnis. Sie ist in einem reaktionären sozialistischen Weltbild Denkkategorien und Konflikten der Vergangenheit verhaftet. Ihre Politik beruht geradezu auf einem Bündnis der Starken gegen die Schwachen. Unter der

Regierungsverantwortung der SPD läuft der Staat Gefahr, sich vor allem nach organisierten Mehrheiten zu richten. Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls hat aber die Aufgabe, die Machtlosen und Minderheiten in der Gesellschaft im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen.

Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern, Behinderte, nicht mehr Arbeitsfähige sind den organisierten Verbänden im Verteilungskampf um das Bruttosozialprodukt in der Regel unterlegen. Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere Gruppen sind heute in mächtigen Verbänden organisiert. Sie treten nicht nur gegeneinander an, sondern behaupten ebenso wirkungsvoll ihre Sonderinteressen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen.

Die Union hat als moderne und zukunftsorientierte politische Kraft erkannt, daß es unser Volk nicht weiterführt, wenn Konflikte vergangener Jahrhunderte als die Probleme unserer Zeit ausgegeben werden, wie dies die SPD tut.

Zu den ernsteren Gefahren zählen heute Entpersönlichung und Anonymität. Die Menschen wohnen enger zusammen als je zuvor, aber die Einsamkeit vieler Mitbürger nimmt zu. Die Zahl der hilfsbedürftigen und isolierten, der kranken und älteren Menschen wächst. Die sozialen Aufwendungen sind immer weiter angestiegen, aber trotzdem sind neue benachteiligte Gruppen und neue soziale Not entstanden.

Die SPD kennt als Antwort auf alle sozialen Fragen unserer Gesellschaft nur immer neue Großorganisationen, Bürokratien und Funktionärsapparate. Von staatlichen Regelungen erwartet sie alles, von mitmenschlicher Hilfe nichts.

Die großen Lebensrisiken können nur in großen Solidargemeinschaften abgesichert werden. Solidargemeinschaft bedeutet aber mehr. Solidarität heißt füreinander da sein, weil der einzelne und die Gemeinschaft darauf angewiesen sind.

— Wir werden die Frage der Behandlung und Unterbringung psychisch Kranker in Kliniken grundlegend überprüfen und verbessern.

— Wir werden für eine ausreichende Anzahl von Sozialstationen, in denen Menschen rund um die Uhr persönliche Hilfe erhalten können, sorgen.

— Zu einer freiheitlichen Sozialpolitik gehört für uns auch ein freiheitliches Gesundheitswesen, das dem Bürger besser dient als sozialistische Betreuungssysteme im Kollektiv.

2.8 Wir stoppen den Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat

Seit Jahren steigt der Staatsanteil schneller als je zuvor in Friedenszeiten. Die Steuer- und Abgabenlast der Bürger hat Rekordhöhen erreicht. Fast die Hälfte jeder in unserer Volkswirtschaft verdienten Mark wandert in öffentliche Kassen. Die Mehrarbeit der Bürger wird durch den Zugriff der Steuer bestraft. Dennoch ist der Staat überschuldet. Die Schulden des Bundes sind höher als sein Haushalt. Die neuen Kredite reichen kaum noch aus, Zinsen und Tilgung für die alten zu zahlen.

Die SPD/FDP hat trotz ständiger Warnungen der Union die Finanzkraft des Staates überfordert und die Grenzen der Belastbarkeit der Bürger überschritten. Die Explosion staatlicher Aufgaben und Zuständigkeiten hat zu Freiheitsein-

bußen, wachsender Entmündigung der Bürger, Bürokratie und einer zunehmenden Lähmung von Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Die SPD/FDP-Bundesregierung zieht den Bürgern zuviel Geld aus der Tasche.

Der Staat ist für die Bürger da. Er verfehlt seine Aufgabe, wenn er seine Bürger ausbeutet, ihnen mit der einen Hand gibt, was er ihnen zuvor mit der anderen genommen hat. Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden betragen heute weit über 400 Milliarden DM. Die Last dieser Schulden werden die heute 10-, 15- und 20jährigen zu tragen haben.

Wir werden im Steuerrecht die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen fördern und Bremsklötze für das Wirtschaftswachstum beseitigen.

— Die im geltenden Einkommen- und Lohnsteuertarif begründete Automatik von „heimlichen Steuererhöhungen" muß durch regelmäßige Tarifkorrekturen entschärft werden.
— Wir werden ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen schaffen. Ein erster Schritt hierzu ist die Umwandlung des bestehenden Kinderbetreuungsbetrages in einen echten Kinderfreibetrag.
— Wir wollen die steuerliche Benachteiligung der Altersversorgung der Selbständigen gegenüber den Arbeitnehmern durch eine Verbesserung der steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Vorsorgeaufwendungen abbauen.
— Wir werden die Investitionskraft der Betriebe durch steuerliche Entlastung insbesondere bei den ertragsunabhängigen Steuern stärken und hierdurch einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze leisten.

Durch unser steuerpolitisches Programm werden wir den Bürgern heimliche Steuererhöhungen zurückgeben. Persönliche Leistung soll sich wieder lohnen.

2.9 Wir sichern Recht und Freiheit

Unser Staat ist die Gemeinschaft frei verantwortlicher Bürger füreinander. Er bezieht seine Autorität aus seiner Bindung an die Menschenwürde und die unveräußerlichen Grundrechte der Bürger, die ihn geschaffen haben und tragen.

Die Wahrung von Sicherheit und Ordnung ist nicht Selbstzweck, sie ist Grundvoraussetzung für die freie Entfaltung des einzelnen und das solidarische Zusammenwirken aller in der Gemeinschaft. Ohne Sicherheit und Ordnung gibt es keinen inneren Frieden.

Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und damit den inneren Frieden in unserer Gemeinschaft zu sichern, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates. Wenn der Staat dem einzelnen und der Gemeinschaft nicht mehr Schutz gewährleisten kann, werden das Vertrauen und die Zustimmung des Bürgers zu ihm erschüttert.

Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger.

SPD und FDP setzen den ordnenden, die Freiheit der Bürger schützenden Staat ständigem Verdacht aus. Sie verkennen dabei, daß Rechtsstaat nicht nur Schutz des einzelnen vor staatlichen Übergriffen bedeutet, sondern auch Schutz durch den Staat. Die SPD sieht den Staat nur als Dienstleistungsbetrieb.

Die Union wird den Staat wieder in die Lage versetzen, auf Gefahren für die Sicherheit und Freiheit der Bürger angemessen reagieren zu können. Die Sicherheitsorgane sind bei der Bewältigung ihrer schweren Aufgabe auf unsere Anerkennung und Unterstützung sowie auf die Mithilfe und Solidarität der Bürger angewiesen. Wir geben der Polizei nicht nur alle Mittel, die sie zum Schutz der Bürger braucht, wir respektieren auch in besonderer Weise den Dienst, den sie leistet.

Wir treten der steigenden Kriminalität entschlossen entgegen. Verbrechen zu verhindern ist besser als Täter zu bestrafen.

Freiheit der Bürger und Hilfe für die Opfer von Verbrechen haben für uns Vorrang.

Für die vorbeugende Verbrechensbekämpfung sind alle Bürger mitverantwortlich. Die Union weiß, in den Familien werden die Grundlagen für das mitmenschliche Verhalten, für die Wahrung des Rechts des anderen gelegt.

Die Bedrohung durch den Terrorismus ist nicht gebannt. Mit den notwendigen rechtlichen und polizeilichen Maßnahmen muß der Staat gegen den Terrorismus gerüstet sein. Unser besonderes Anliegen ist die Beseitung der geistigen Ursachen des Terrorismus.

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung lebt und erhält ihre Antriebskraft aus der demokratischen Diskussion verschiedener Standpunkte. Toleranz hat jedoch gegenüber denjenigen eine Grenze, die entweder mit Gewalt oder aus taktischen Gründen mit demokratischen Mitteln unsere demokratischen Freiheiten und damit die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wollen. Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger. Im öffentlichen Dienst darf nur tätig sein, wer bereit ist, sich jederzeit für den Bestand und den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzusetzen.

Staatsfeinde haben im Staatsdienst nichts zu suchen. Wir werden dafür sorgen, daß Mitglieder verfassungsfeindlicher Parteien im öffentlichen Dienst keinen Platz haben.

Verfassungstreue ist eine der besonderen Pflichten der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Diesen Pflichten müssen angemessene Rechte gegenüberstehen. Wir werden der öffentlichen Verwaltung alle denkbaren Hilfen geben, damit sie sich voll ihrer Aufgabe widmen kann: dem Dienst am Bürger.

2.10 Wir wollen den Fortschritt mit menschlichem Gesicht

Während der 20jährigen Regierungszeit der Union hat unser Land auf allen Gebieten große Fortschritte erlebt. Nie zuvor hat man in Deutschland in so kurzer Zeit so weitreichende Veränderungen zum Guten gesehen. Von Reformen wurde nicht geredet, sie wurden verwirklicht. Fortschritte gab es nicht in der Theorie, sondern im Alltag der Menschen.

Die Erfolge jener Jahrzehnte waren darin begründet, daß Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die elementaren Lebensbedürfnisse der Menschen befriedigt haben. Nie zuvor und auch nicht danach standen die Politik einer Regierung und die Erwartungen der Menschen so sehr im Einklang.

Dieser Einklang ist heute gestört. Er muß wiederhergestellt werden. In einer Zeit anderer Erwartungen, neuer Ängste und vielfältiger Unsicherheiten nimmt die Union diese Herausforderung an.

Die Menschen erleben immer schmerzlicher die Widersprüche unserer Zeit: Die Entfernungen werden kürzer, aber die Menschen kommen sich nicht näher. Stadtteile werden moderner, aber nicht wohnlicher; der Lebensstandard wächst, aber mit ihm nicht Glück und Zufriedenheit der Menschen. Die Menschen spüren immer mehr, daß ihr Wohlbefinden von Dingen abhängt, die keinen Preis haben, aber trotzdem wertvoll sind. Sie wehren sich deshalb zu Recht dagegen, daß ihre natürliche und soziale Umwelt zerstört wird: sei es durch einen blinden Fortschritt oder durch eine blinde Politik.

Die Union ist sich bewußt, daß es Wichtigeres gibt als materielle Werte. Mit den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft wissen wir, daß das Wohlbefinden der Menschen von vielen Dingen abhängt, die man nicht kaufen kann. Aber Moralismus, der auf wirtschaftliche Erfordernisse keine Rücksicht nimmt, ist genauso abschreckend wie Materialismus ohne Bewußtsein für ethische Werte.

Die Soziale Marktwirtschaft ist allen anderen Systemen überlegen. Sie hat nicht nur eine „ökonomische", sondern auch eine „ökologische" Zukunft. In und mit der Sozialen Marktwirtschaft werden wir auch die Umweltprobleme lösen. Das Ziel unserer Politik ist es nicht, neue Sonderinteressen zu vertreten, sondern die natürliche und soziale Umwelt des Menschen so zu gestalten, daß er sich darin wieder „zu Hause" fühlen kann.

Wir müssen die Lebenswelt der Menschen wieder überschaubarer machen. Das erfordert Ehrfurcht vor gewachsenen Traditionen, vertrauten Einrichtungen und Landschaften. Der rasche gesellschaftliche Wandel hat in der Vergangenheit vieles zerstört. Wir müssen wieder lernen, daß es zur Freiheit des Menschen gehört, so zu leben, wie er zu leben sich wünscht. Der Mensch darf nicht zum Sklaven des Fortschritts werden. Die Politik muß sich auf das dem einzelnen und der Gemeinschaft zuträgliche Maß zurückbesinnen.

Wir sind offen für das Neue. Aber: Alles Neue hat sich gegenüber dem Bewährten als das Bessere auszuweisen. Wir werden bewahren, was gut, und verändern, was schlecht ist.

Eine verantwortungsbewußte Politik hat den Auftrag, einer möglichst breiten Öffentlichkeit eindringlich klarzumachen, daß es ohne technische Neuerung heute für die Jugend kein Morgen gibt, wie sie es erwartet. Wer die Krankheiten unserer Zeit heilen will, darf nicht blind den technischen Fortschritt beschneiden, er muß vielmehr die Lebens- und Weltorientierung unserer Bürger klären und stärken. Für uns ist nicht „Aussteigen", sondern „Einsteigen" ein Leitwort für die junge Generation. Wir sind mit der Jugend bereit, uns der Herausforderung von Gegenwart und Zukunft zu stellen, Beherrschungs- und Gestaltungskräfte zu entwickeln, um kommenden Generationen das zu erhalten, was die Generationen zuvor aufgebaut haben. Nullwachstum, Stillstand und Rückgang sind Rezepte des Untergangs. Deshalb werden wir es nicht zulassen, daß sich die Prediger der Zukunftsverweigerung durchsetzen.

Wir müssen die Jugend davon überzeugen, daß Naturwissenschaft, Technik und ihre industrielle Nutzung nicht die vorgegebenen Feinde unserer natürlichen Umwelt sowie einer menschlichen und menschenwürdigen Gesellschaft sind. Wir bekennen uns gerade im Interesse unserer Jugend zur Notwendigkeit des technischen Fortschritts. Der Verzicht der Gesellschaft auf technische Erneuerung und der Verzicht des Staates auf die Förderung dieser notwendigen Weiterentwicklung würde unser Gemeinwesen seiner industriellen und wirtschaftlichen Zukunft, die Bürger des Wohlstandes, die Jugend der Zukunft und das ganze Volk langfristig auch der Freiheit berauben — weil Elend und Not fruchtbarer Boden nur für die Unfreiheit sind.

2.11 Wir brauchen und wollen die Mitarbeit der Jugend

Unser Staat schreibt nicht vor, wie jemand leben soll. Der junge Mensch kann sich frei entscheiden, ohne politische Bevormundung, ohne staatliche Reglementierung. Wir wollen, daß das so bleibt.

Unser Staat ist kein autoritärer Staat. Er garantiert die freie Entfaltung aller Bürger. Aber alle Bürger müssen auch für seine Freiheit einstehen. Und diese Freiheit ist es wert, daß wir für sie eintreten.

Unsere Gesellschaft ist nicht vollkommen, Schwache sind auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen. Der Dienst am Nächsten, am Menschen, braucht auch den Idealismus der Jugendlichen, ihre Bereitschaft zum Engagement.

Wir übersehen nicht: es gibt Jugendliche, die sich verweigern. Sie flüchten sich in radikale Ideologien, in religiöse Sekten, in die Welt der Drogen.

Eine Gesellschaft, die in Freiheit überleben will, kann auf Bindungen nicht verzichten. Unser Ziel ist ein gemeinsames Verständnis der grundlegenden Wertentscheidungen, die unser Volk zu einer Gemeinschaft verbinden. Dazu gehört auch ein Verständnis für unsere Geschichte mit ihren Licht- und Schattenseiten. Eine Jugend, die ihre Geschichte kennt, wird mehr Bereitschaft zeigen, die Verantwortung für eine Zukunft in Freiheit zu übernehmen.

Politik für junge Menschen erschöpft sich nicht in Jugendpolitik. Wir stellen unser umfassendes politisches Konzept auch in den Dienst der jungen Menschen.

— Unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung ist es wert, verteidigt zu werden. Deshalb werben wir um Zustimmung für sie.

— Die Jugend hat das Recht und die Pflicht, unsere Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Schule, außerschulische Jugendbildung, die Arbeit der Jugendverbände sollen dieses Verantwortungsbewußtsein wecken und stärken.

— Wir wollen die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen ideell fördern und die Jugendarbeit in freier Trägerschaft materiell unterstützen.

— Die Vielfalt der Medien, für die die Union eintritt, ist eine Chance für junge Menschen. Der kritische Umgang mit den Medien ist ein wichtiges Erziehungsziel.

— Wir wollen die Zukunftschancen der jungen Generation sichern, indem wir die Jugendarbeitslosigkeit abbauen und für eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen sorgen.

2.12 Wir wollen die menschliche Schule

Die Kinder vermissen in ihrer Schule Geborgenheit: Kurse statt Klassengemeinschaften, Fachwissenschaftler statt Klassenlehrer, Kursteilnehmer statt Klassenkameraden. Lehrpläne werden mit immer neuen Stoffgebieten befrachtet, grundlegendes Wissen aber vernachlässigt. Die Eltern werden als Nachhilfelehrer ihrer Kinder mißbraucht.

SPD und FDP haben mit ihrer Schulpolitik rücksichtslos herumexperimentiert und dadurch Eltern und Schüler unzumutbar belastet. Sozialistische Systemveränderer versuchen, Klassenkampf im Klassenzimmer einzuüben. Schulen sollen für sie nicht länger Stätten der Bildung und Erziehung sein, sondern Gelegenheiten, die Schüler „konflikttheoretisch" aufzuladen, sie dem Elternhaus zu entfremden, ihnen, auf der Grundlage eines verzerrten und verfälschten Geschichtsbildes ein einseitiges politisches Weltbild aufzudrängen.

Die Union wird mit der Unruhe und der Verwirrung an unseren Schulen Schluß machen:

— Die Schule muß wieder eine geistige Orientierung vermitteln. Sie darf sich nicht auf die Vermittlung von Fachwissen beschränken.

— Der Geschichtsunterricht muß wieder einen festen Platz in Stundenplänen erhalten.

— Die Überfrachtung der Lehrpläne muß beseitigt werden.

— Schule und Hochschule müssen einander ergänzen, die Schule darf nicht verwissenschaftlicht und das Studium nicht verschult werden.

— Wir halten am gegliederten Schulsystem fest, weil es sich im Vergleich als die menschlichere und leistungsfähigere Form des Schulwesens bewährt.

— Schulen müssen in einer angemessenen Ortsnähe erhalten bleiben. Auch die Kinder und Jugendlichen in ländlichen Räumen haben Anspruch auf ein wohnungsnahes, vielfältiges Angebot an Bildungseinrichtungen. Wir werden verhindern, daß der Rückgang der Schülerzahl zu einer Schulschließungswelle führt und immer mehr Schüler zu einer entfernten Zentralschule gefahren werden müssen.

— Der Hauptschüler darf nicht diskriminiert werden. Die Hauptschule muß ihre eigenständige Aufgabe behalten und dort, wo sie verloren ist, wiedergewinnen: eine grundlegende Allgemeinbildung vermitteln, den Schüler auf die Berufswelt vorbereiten und ihn zu einer sachlich begründeten Berufsentscheidung befähigen.

— Durch die Einführung eines beruflichen Grundbildungsjahres im Rahmen des dualen Systems muß die Qualität der Ausbildung gesteigert werden. Gesetze und Rechtsverordnungen, die die berufliche Ausbildung behindern, müssen überprüft und gegebenenfalls abgeändert werden. Für Abiturienten müssen in größerem Umfang als bisher Berufe angeboten werden, in denen sie ohne Absolvierung eines Studiums ihre besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten einsetzen können.

— Den behinderten Kindern und Jugendlichen gilt unsere besondere Sorge. Das Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten soll in allen Bereichen selbstverständlich sein.

— Die ausländischen Jugendlichen haben Anspruch auf eine verstärkte Förderung in Schule und Berufsausbildung, die ihren besonderen sozialen und kulturellen Problemen gerecht wird.

2.13 Wir sichern die Meinungs- und Informationsfreiheit

Freie Information ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Sie ist nur möglich durch Vielfalt von Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen. Freie Medien dürfen nicht Spielball politischer Interessen werden. Ein vielfältiges Angebot von Nachrichten und Meinungen dient dem Bürger. Er muß selbst entscheiden können, wie er das Angebot nutzt. Freie Medien und der Zugang zu allen Informationen sind unerläßlich für den freiheitlich-demokratischen Staat. Nur durch eine frei gebildete öffentliche Meinung ist es möglich, staatliche Macht wirksam zu kontrollieren.

Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten bleiben in besonderer Weise der Vermittlung von Informationen, der Vielfalt der Meinungen und dem Gemeinwohl verpflichtet.

Von einer gesunden Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und privat-rechtlichen Veranstaltern erwartet die Union eine Stärkung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und Information. Sie vertraut auf die Mündigkeit unserer Bürger. Aufgabe verantwortungsbewußter Medienpolitik wird es sein, die notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Wir sind grundsätzlich offen für neue Entwicklungen im Bereich der Medien- und Nachrichtentechnik. Ideologisch begründete Bilderstürmerei lehnen wir ab. Wir werden jeweils sorgsam prüfen und im Interesse aller Bürger verantwortungsbewußt entscheiden.

Wir werden gegen den Mißbrauch des fernmeldetechnischen Monopols der Deutschen Bundespost entschieden vorgehen. Unabhängigkeit und Vielfalt von privatwirtschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften zu sichern, bleibt für uns ein selbstverständliches Gebot.

2.14 Wir beseitigen bürokratische Fesseln und stärken die Selbstverantwortung

Gesetze, Erlasse, Verfügungen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen ersticken Spontaneität, Risikobereitschaft und Erfindungsgeist der Menschen. Die Dynamik der Wirtschaft und die Vitalität der Gesellschaft drohen zu erlahmen.

Nur im Sozialismus muß alles und jegliches bürokratisch entschieden werden. Eine leistungsfähige Verwaltung ist im modernen Staat unverzichtbar; Bürokratisierung ist für uns jedoch ein Fehler, für Sozialisten dagegen System.

Sie benutzen Bürokratisierung als Mittel zur lautlosen Systemveränderung. Heute braucht der Sozialismus keine Revolution. Er entsteht durch die allumfassende Bürokratisierung unseres Lebens gleichsam von selbst.

— Gemeinsinn, Risikobereitschaft und Verantwortung für das Ganze sind unverzichtbare Tugenden. Die Union wird diese Tugenden wieder wecken.

— Für uns ist Vertrauen besser als Kontrolle, wir vertrauen auf den Bürgersinn.

— Wir werden die Gesetze und Verordnungen mit dem Ziel ihrer Verringerung überprüfen.
— Wir stehen auf dem Standpunkt, daß viele öffentliche Aufgaben durch Private und freie Träger genauso gut und oft besser erfüllt werden können als durch staatliche Bürokratien.
— Wir werden die private Sphäre des Menschen schützen. Deshalb gewährleisten wir den Datenschutz.
— Wir setzen uns ein für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in Städten, Dörfern und Gemeinden. Was bürgernah entschieden werden kann, soll nicht auf zentrale Behörden verlagert werden.

2.15 Wir schützen die Umwelt und erhalten sie als lebenswerte Heimat

Wir sind keine Fanatiker eines Fortschritts um jeden Preis. Die Alternative lautet deshalb für uns nicht „Fortschritt ja oder nein", die entscheidende Frage heißt für uns „Fortschritt wohin". In einer Welt aber, die in ihren Gütern und Schätzen begrenzt und in ihrem Naturhaushalt nur begrenzt belastbar ist, muß technischer und wirtschaftlicher Fortschritt in eine Richtung geführt werden, die den Gesetzen der Umwelt folgt.

Die fortschreitende Auflösung zwischenmenschlicher Bindungen, der Verlust an Geborgenheit und die vielfältigen Belastungen der natürlichen Umwelt werden als ein zu hoher Preis für die Fortentwicklung unseres materiellen Wohlstandes empfunden.

Die Union ist sich bewußt, daß es eine neue Werthaltung der Bürger gibt, die eine grundlegende politische Wende und nicht nur Randkorrekturen erfordert. Diese neue Politik ist nur möglich, wenn sie sich auf die Mitarbeit der Bürger, auf deren Verantwortung für die Gemeinschaft und für die künftige Generation stützen kann. Unsere Politik umfaßt mehr als technokratischen Umweltschutz. Unsere Politik berücksichtigt die Wechselbeziehungen zwischen natürlicher, familiärer, beruflicher und gesellschaftlicher Umwelt.

Wir versprechen nicht die Unberührtheit einer vorindustriellen Natur und gleichzeitig die Errungenschaften einer modernen Industriegesellschaft. Wir wissen, daß es viele Dinge gibt, die wichtiger sind als materieller Fortschritt. Wir wissen ebenso, daß ohne gesunde wirtschaftliche Grundlage die Lebensbedürfnisse nicht erfüllt werden können. Wir halten auch in Beziehung auf die Umwelt eine Politik des „alles oder nichts" für verfehlt, für unmenschlich. Deshalb versprechen wir weder die unberührte Natur noch das grenzenlose Wachstum. Wir versprechen vielmehr eine Politik für eine geschützte Natur und den damit zu vereinbarenden wirtschaftlichen Fortschritt.

Wir wollen:
— Eine wirkungsvolle Lärmbekämpfung.
— Die Verminderung der Luftverschmutzung.
— Wasserbauliche Maßnahmen zur Sicherung der Ufervegetation.
— Die Sicherung bzw. Wiederherstellung einer guten Wasserqualität.
— Die Förderung einer verantwortungsbewußten Verwendung von Chemikalien.

— Die ständige Überprüfung und Verbesserung des Strahlenschutzes.

Wir verpflichten uns, die Lebensgrundlagen in unserem Lande so zu erhalten, daß die Umwelt für die Bürger Heimat bleibt und daß wir der nachfolgenden Generation ein Erbe hinterlassen, das zu bewahren und weiterzugeben sich lohnt.

III. Wahlaufruf

Am 5. Oktober 1980 sind die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu einer Entscheidung von geschichtlicher Tragweite aufgerufen. Es geht um Richtung und Weg der deutschen Politik in einer Zeit der Krise, der Unsicherheit, der Bewährung. Deutschland braucht jetzt eine klare, zielstrebige, illusionsfreie Politik der Friedensbewahrung und der Freiheitssicherung, der Wiedergewinnung der finanziellen Stabilität und eines ausreichenden Wirtschaftswachstums.

Nach 10 Jahren einer Politik der enttäuschten Hoffnungen, der gebrochenen Versprechungen und der gefährdeten Grundlagen unserer Freiheit und unseres Wohlstands sind SPD und FDP nicht mehr in der Lage, diese Lebensfragen unseres Volkes zu meistern.

CDU und CSU sind bereit, in dieser schweren Zeit die Verantwortung zu übernehmen. Dafür bitten wir Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, um Ihr Vertrauen, um Ihre Mitarbeit und um Ihre Stimme.

CDU und CSU haben in den Aufbaujahren nach der größten Katastrophe der deutschen Geschichte bewiesen, was sie leisten können. Deshalb sind sie auch in der Lage, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Aufgaben der 80er Jahre zu bewältigen. Mit einer neuen Politik und einer besseren Regierung werden wir tun, was getan werden muß, damit die Zukunft unseres Volkes in Frieden und Freiheit gesichert wird.

Wir treten an mit einem Programm des Augenmaßes, der Glaubwürdigkeit, der Zuverlässigkeit.

Wir treten an mit der kraftvollen Entschlossenheit, die wirtschaftlichen Grundlagen zu festigen, die soziale Sicherung zu bewahren, die Freiheit nach innen und außen zu sichern und den Frieden zu erhalten. Groß sind die Gefahren unserer Zeit, aber größer sind unsere Chancen und unsere Entschlossenheit, auch in Zukunft in einer menschlichen Gesellschaft freier Bürger zu leben. Das erfordert eine neue Politik, eine bessere Regierung.

CDU und CSU treten gemeinsam an mit Franz Josef Strauß.

Er hat mit Ludwig Erhard im Jahre 1948 die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt.

Er hat die großen Entscheidungen Konrad Adenauers als Mitglied des Deutschen Bundestages und als Bundesminister mitgetragen. Er hat entscheidend am Aufbau der Bundeswehr, an ihrer modernen Ausrüstung und am Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO mitgewirkt.

Er hat als Finanzminister eine Politik der Sparsamkeit und des stabilen Geldes durchgesetzt.

Er ist der entschiedene Verteidiger der Rechte und Freiheiten des Bürgers.

Wir treten an mit der Union und mit Franz Josef Strauß
für Frieden, für Freiheit, für Deutschland!